



In Tübingen ein Superstar. Der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer.

Am Tübinger Wesen soll die Welt genesen

Die süddeutsche Universitätsstadt Tübingen sieht sich selbst als grüne Vorbildkommune

HANSJÖRG MÜLLER, Tübingen

Das baden-württembergische Tübingen ist eine Hochburg der Grünen, die seit einigen Wochen das ganze Bundesland regieren. Manche sehen die Stadt als politisches Labor.

«Ah, Monsieur le Maire!», ruft die ältere Dame vor dem Marktbrunnen mit glänzenden Augen. Boris Palmers Ruhm hat sich bis nach Frankreich herumgesprochen. Als Bürgermeister kann man die Leute schlecht stehen lassen, also parliert Palmer ein wenig Französisch mit der Besucherin, bevor er sich mit dem Reporter in ein Strassencafé setzt. Tübingen, Fachwerkidylle, Universitätsstadt mit 88 000 Einwohnern, 40 Kilometer südlich von Stuttgart, ist eine Hochburg der baden-württembergischen Grünen. 41 Prozent der Stimmen haben sie hier bei der letzten Landtagswahl geholt, die CDU kam gerade noch auf 23 Prozent.

Seit vier Jahren ist der Grüne Boris Palmer hier Rathauschef, auch wenn der hochgewachsene 38-Jährige mit seinem Fünftagebart noch immer ein wenig studentisch wirkt. Palmer ist weit über Tübingen hinaus bekannt. Fragt man einen lokalen Journalisten nach profilierten Palmer-Gegnern, erhält man die Antwort: «Er überragt hier alle um Haupteslänge, einen Gegner zu nennen, das wäre zu viel der Ehre für seine Opponenten.»

VOLKSPARTEI. Tatsächlich will Palmer mehr als nur Kleinstadtbürgermeister sein. Ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm hat er aufgelegt: «Tübingen macht blau». Blau wie der wolkenlose Himmel. Ein Klimaschutzbüro gibt es, wo sich die Bürger beraten lassen können, etwa wie man sein Haus klimafreundlich saniert. Zahlreiche Broschüren gibt es dort: «Ökologisch mobil», «Sonnige Zeiten auf Ihrem Dach», «A++ fürs Klima».

In jeder von ihnen wendet sich Palmer an die «lieben Tübingerinnen und Tübinger» und erklärt, warum es geht: um die Rettung des Weltklimas. Am 21. Mai beispielsweise lud der Magistrat ein zum «Jugendklimagipfel»: «Setzen

Sie sich gemeinsam mit anderen jungen Tübingerinnen und Tübingern für das Klima ein!» Will da einer das Volk erziehen? «Nein, das liegt mir fern», behauptet Palmer. Früher seien die Grünen eine Avantgarde gewesen, auch was Bildung und Einkommen betraf, aber heute, bei 25 Prozent Wähleranteil, sei man längst dabei, Volkspartei zu werden. Er selbst sei ein Befürworter der direkten Demokratie. Sein Vater, der nach dem Krieg eine Ausbildung als Obstbauer im zürcherischen Mettmenstetten absolviert habe, habe dort zum ersten Mal wirkliche Demokratie erfahren. «Was in der Schweiz allerdings fehlt, ist ein Verfassungsgericht.»

ZAUBERLEHRLING. Die Schweiz bezeichnet Palmer als Vorbild, aber er will es besser machen als das Vorbild. So ganz kann man sich des Verdachts nicht erwehren, Palmer strebe eine direkte Demokratie à la carte an, in der im Ernstfall doch die akademische Elite entscheidet. Über Stuttgart 21, den neuen Bahnhof, den Palmer heftig bekämpft, hätte er gerne abstimmen lassen. Über Atomkraftwerke sicher auch. Aber was, wenn das Volk über Minarette abstimmen will? Dann soll eine höhere Instanz eingreifen. Palmer gilt in Deutschland als profilierter Befürworter von Volksabstimmungen, aber er wirkt schon jetzt wie Goethes Zauberlehrling, der darüber klagt, dass er die Geister, die er rief, nicht mehr loswird.

Auf Boris Palmers Homepage findet man einen Lebenslauf, in dem er seinen Werdegang bis zum Beginn seines Studiums beschreibt – so detailliert, dass man meinen könnte, man hätte die Autobiografie eines späteren Weltenlenkers vor sich. Er schreibt dort: «Zur Neugier kam ein unbändiger Drang, alles wissen zu wollen und damit über die Mitmenschen hinauszuwachsen, besser zu sein als alle anderen.» Als Palmer schliesslich seine Matura ablegt, ist sein Spitzname «1,0» – in Deutschland die beste Schulnote. Weiter unten schreibt er einen Satz, der das Selbstverständnis der deutschen Grünen viel-

leicht am besten ausdrückt: «Wissensdrang zieht seine Berechtigung aus der tiefen Überzeugung, dass der geistig hochstehende Mensch sich nicht auf sich selbst beschränken darf, sondern in den Gang der Welt eingreifen muss.» Eine Avantgarde soll die Welt gestalten.

So gesehen, ist Ulrike Baumgärtner die ideale Repräsentantin ihrer Partei. Die 32-jährige Politikwissenschaftlerin promoviert in St. Gallen; sie hat dort eine 35-Prozent-Anstellung als wissenschaftliche Assistentin. Einen Tag in der Woche verbringt sie an der HSG. Da bleibt genug Zeit für Kommunalpolitik. Baumgärtner empfangt den Berichterstatter im neuen Wahlkreisbüro der Grünen, «nach energetischen Gesichtspunkten» saniert, wie sie stolz berichtet. Gerne erzählt sie vom lokalen Klimaschutzprogramm.

Aber wie kann Tübingen das Weltklima beeinflussen, wenn eine Milliarde Inder und Chinesen konsumieren und Auto fahren wollen? Man müsse eben klein anfangen, sagt Baumgärtner. Tübingen geht voran, die anderen sollen nachziehen. «Druck aufbauen durch Vorleistung» nennt sie das – und es klingt ein wenig drohend. Eine Elitepartei seien die Grünen nicht, aber es gebe natürlich immer Vordenker. Viele Intellektuelle und Wissenschaftler fühlten sich von der Ökopartei angezogen, erklärt Baumgärtner – so, als sei das schon ein Argument für die Richtigkeit des Parteiprogramms.

GETEILTE STADT. Das Meer soll also langsamer ansteigen, weil eine deutsche Universitätsstadt Strom spart. Selbst in Tübingen gibt es Ketzer, denen diese Vorstellung bizarr vorkommt. Anton Brenner ist Fraktionschef der Linkspartei im Gemeinderat. Sie selbst bezeichnet der Lehrer und Weinbauer als «Euro-Kommunist». Als Dissident hat Brenner Erfahrung: 1976 wurde er von der Deutschen Kommunistischen Partei hinausgeworfen, weil er gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatte. Die Tübinger Grünen hielten sich für «Eingeweihte, die über ein höheres Wis-

sen verfügen und den anderen den Weg weisen müssen», glaubt Brenner. Palmers Klimaschutzpolitik hält er für eine «Zivilreligion». Unsozial sei eine solche Politik obendrein: Mache man das Benzin teurer, könnten nur noch die Reichen Auto fahren. Derartige Einwände fechten Boris Palmer nicht an: dass das Öl teurer werde, sei unvermeidlich, schliesslich gehe es ja sowieso irgendwann zur Neige.

Und was sagt das Volk? Tübingen war schon immer zweigeteilt: hier die Handwerker, da die Studenten und Professoren. Man kann den Gegensatz schon sprachlich heraushören: Die einen sprechen Schwäbisch, die anderen akzentfreies Hochdeutsch. In einer holzgetäferten Weinstube trifft sich das andere Tübingen: «Nur Akademiker können hier noch Politik machen, Geschäftsleute haben dafür keine Zeit», schimpft

Das Meer soll weniger ansteigen, weil ein Universitätsstädtchen Strom spart.

der Wirt, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Palmer sei ein Kontrollfreak: «Bis nachts um zwölf laufen die Stadtpolizisten jetzt herum, um Falschparkierer zu finden.» Mithilfe einer Zweitwohnsitzsteuer, die Studenten dazu zwingt, ihren Hauptwohnsitz nach Tübingen zu verlegen, verbreitert Palmer seine Wählerbasis. Und so würden die alteingesessenen Tübinger allmählich zu Fremden in der eigenen Stadt.

Mittlerweile hat die grüne Elite schon ein eigenes Quartier. Im französischen Viertel hat man die Kasernen der früheren Besatzer umgebaut und dazwischen energetisch korrekte Häuser errichten lassen. Hier ist der Wähleranteil der Grünen noch höher: über 57 Prozent. Eine Partei und ihr Milieu bauen sich ihre eigenen Quartiere. Ein wenig erinnert das an die Baupolitik der Wiener SPÖ im frühen 20. Jahrhundert – nur dass dort in den Gemeindebauten Arbeiter lebten,

während es hier Rechtsanwälte, Architekten und Yoga-Lehrer sind. Auch eine deutsch-französische Schule gibt es, in der die Kinder zweisprachig lernen. Der wahre Grund für deren Gründung sei, dass die Kinder aus dem Viertel sonst in der benachbarten Südstadt mit den Ausländerkindern zur Schule gehen müssten, ätzt Anton Brenner. Eine «türkenfreie Schule» hätten die Bewohner des französischen Viertels gewollt.

POLITISCHES LABOR. Was ist das Erfolgsgeheimnis der Grünen? Wie konnten sie in einem konservativen Land wie Baden-Württemberg die Bürgerlichen von der Macht verdrängen? Kurt Sütterlin und Ulrich Latus wirken ratlos. Viele Grüne seien «im Grunde unpolitisch», das sehe man auch in der Gemeinderatsfraktion, sagt der 75-jährige FDP-Fraktionschef Sütterlin. Also ein blosses Lifestyle-Phänomen? CDU-Mann Latus, ein 48-jähriger selbstständiger Bauleiter, nickt. Für manche Tübinger sei Palmer ein «Superstar». Gekreisch habe das Volk, als der Bürgermeister auf einem Bagger sitzend die energetische Sanierung einer Schule zelebriert habe. Latus schüttelt noch immer ungläubig den Kopf.

«Euro-Kommunist» Brenner erklärt die grünen Erfolge mit der deutschen Harmoniesucht. Politischer Wettbewerb, Konkurrenz zwischen verschiedenen Interessengruppen, all das steht in Deutschland von jeher unter Generalverdacht. Lieber wollen die Deutschen, dass alle Politiker zusammenarbeiten und das vermeintlich Richtige tun. Was das Richtige ist, bestimmt der Zeitgeist. Seit Fukushima wollen alle deutschen Parteien grün sein, von der CSU bis zur Linken.

«Tübingen ist ein Labor», glaubt Brenner. Kein Zweifel, die Stadt sieht sich als Vorbild. Zuerst Tübingen, jetzt Baden-Württemberg, bald ganz Deutschland. Und dass die eigene Vorbildfunktion an nationalen Grenzen aufhören könnte – ein solcher Gedanke erschiene einem deutschen Grünen doch arg engstirnig. Boris Palmer jedenfalls hat auch schon Vorträge im Ausland gehalten. Sein Französisch ist ja mehr als nur passabel.